



BYSTRON: LINKSGRÜNE PARTEIEN MITSCHULDIG AN TOTEN IM MITTELMEER

AfD will juristisch gegen „Lifeline“-Schlepper vorgehen

Die deutsche Organisation Lifeline steht in diesen Stunden im Fokus der Öffentlichkeit. Flankiert von Politikern der Grünen und Linken fordern die Aktivisten des Schiffes im Mittelmeer einen sicheren Hafen für die rund 230 Migranten an Bord. Erpresst werden soll die Aufnahme der Nordafrikaner durch emotionale Propaganda.

Die ändert jedoch nichts an den Tatsachen: Linke und Grüne spielen hier ein skrupelloses Spiel mit Migranten. Die Lockrufe der Asyl-Aktivisten kosten Leben. Die AfD wird deshalb sofort rechtliche Schritte gegen die Täter prüfen und darauf drängen, dass der gefährliche Asyltourismus beendet wird.

Die rot-rot-grüne Regierung von Berlin hat sich laut taz bereiterklärt, einen Teil der 234 Migranten an Bord des Schiffes „Lifeline“ aufzunehmen, das tagelang vor Malta trieb, nachdem Italien seine Häfen dichtgemacht hatte.

Die Grünen-Abgeordneten Luise Amtsberg und MdB Manuel Sarrazin

hatten am Montag die „Lifeline“ besucht und sich ebenfalls für eine Aufnahme der Migranten ausgesprochen: „Es muss für diese Menschen sofort eine Lösung geben“, sagte Amtsberg laut Tagesspiegel. Es dürfe nicht sein, dass der politische Streit zwischen CDU und CSU dazu führe, dass Menschen in Lebensgefahr gerieten, so Amtsberg. Sarrazin prangerte an, dass „das Schicksal dieser Menschen zum Faustpfand im Streit über die europäische Asylpolitik“ gerate.

Dazu der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss Petr Bystron:

„Die Berliner SPD, Grünen und Linken setzen sich eiskalt darüber hinweg, dass die Mehrheit der Bürger Europas nach den vielen Morden und Vergewaltigungen durch angeblich Schutzsuchende keine weitere Masseneinwanderung wünscht.

Die rot-rot-grüne Landesregierung von Berlin und die Grünen-Fraktion im Bundestag versuchen die Bürger moralisch mit Einzelschicksalen von Menschen zu erpressen, die in Not geraten sind. Dabei haben sie kräftig daran mitgeholfen, dass diese Menschen überhaupt in diese missliche Lage gekommen sind.

Denn die linksgrünen Parteien arbeiten seit Jahren eng mit den NGOs zusammen, die erst den Anreiz für zahlreiche Migranten schaffen, in völlig seeuntaugliche Boote zu steigen – im Wissen, dass man 12 km vor der libyschen Küste abgeholt und hunderte Kilometer weit nach Europa verbracht wird, anstatt in den nächsten sicheren Hafen. Sie sind damit mitschuldig an den zahlreichen Toten im Mittelmeer.

Wenn man die angeblich in Seenot befindlichen – und das sind für die NGOs alle, die in ein Gummiboot steigen – nach Afrika zurückbringen würde, würden diese NGOs sicher keine Millionenbudgets gespendet bekommen (2017: SOS Mediterranée: ca. 4 Millionen €; Sea-Watch: 1.773.310,10 €; Sea-Eye: ca. 500.000 €; Mission Lifeline: ca. 248.000 €). Der Verdacht auf bandenmäßige Schlepperei, wie die italienische Regierung

bereits letztes Jahr dokumentiert hat, liegt also nahe. Wir werden juristische Schritte gegen dieses kriminelle Vorgehen prüfen.

Die Argumentation der Grünen ist also pure Heuchelei. Es sind dieselben Grünen, die uns so gerne vorwerfen, die Mord- und Vergewaltigungsoffer der links-grünen Merkel-Politik zu ‚instrumentalisieren‘. Dabei weisen wir lediglich auf die Folgen einer Politik hin, vor der wir bereits von Anfang an gewarnt hatten. Sie selbst aber nutzen jede Gelegenheit, um die Opfer ihrer eigenen, fehlgeleiteten Refugees-Welcome-Politik zu instrumentalisieren – nämlich Menschen, die erst durch die Merkelsche Grenzöffnung und vor allem durch die Schlepperangebote deutscher NGO-Schiffe dazu angestiftet wurden, ihr Leben bei der Überfahrt nach Europa zu riskieren.

Eine Regierung ist in erster Linie dazu da, die Sicherheit und Interessen der eigenen Bürger zu schützen, und nicht die illegale Einschleusung fremder Staatsbürger auf deutsches Staatsgebiet zu fördern. Die Landesregierung von Berlin schafft mit ihrem Angebot positive Anreize zur Förderung organisierter bandenmäßiger Schlepperei.“